

Politisches Betroffenen-Netzwerk sexueller Missbrauch

Berlin, 28. August 2013

Presse-Erklärung: Das Ende von Scham und Schweigen

Drei Jahre politische Arbeit von Betroffenen in Zusammenarbeit mit dem UBSKM „Mit uns und nicht über uns“ lautet das Motto, das Missbrauchs-Betroffene motiviert hat, in den vergangenen Jahren politisch aktiv zu werden, um das Massen-Phänomen sexuelle Gewalt an Kindern aus den Tabu-Zonen zu holen und dieses Element der Barbarei in unserer Kultur sichtbar zu machen und zurück zu drängen.

Seit 2010 endlich für die Öffentlichkeit deutlich wurde, wie verbreitet Kindesmissbrauch ist, ist viel geschehen, das solcherart Betroffene mit auf den Weg gebracht haben:

- Im Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs haben Betroffenen-Vertreter wichtige Punkte initiiert:
Verzicht auf Mehrfach-Verhör bei Prozessen
Video-Aufzeichnung der Aussagen von Opfern über das traumatisierende Geschehen
Verlängerung der Verjährungsfristen für die zivilrechtliche Haftung
- Betroffene haben sich im Ergänzenden Hilfesystem (EHS) eine Stimme als Erfahrungsexperten erkämpft in Form eines Betroffenenbeirats, der auf Defizite und Probleme des Systems aufmerksam macht und Verbesserungen vorschlägt.
- Betroffene haben erreicht, dass Gespräche mit dem Bundesgesundheitsministerium in Gang kommen. Sachkundige, im Gesundheitsbereich tätige Betroffene haben so dort die Folgen und Kosten sexualisierter Misshandlung von Kindern stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit gebracht.
- Sie haben mitgearbeitet bei der Ausarbeitung des e-learning-Programms der Uniklinik Ulm, das die fachliche Auseinandersetzung mit dem Thema fördert.
- Betroffene haben sich engagiert und Impulse gegeben für eine Strafrechtsreform. - Das Verbrechen darf nicht länger juristisch nur als Vergehen gelten, Täter nicht mehr länger von unangemessen kurzen Verjährungsfristen geschützt werden.

Betroffene – das sind allein in der Bundesrepublik Deutschland Studien zufolge neun Millionen Menschen* – haben durch das mutige Beenden des Schweigens eine Stimme an der Öffentlichkeit und, dank der Kooperation mit rundem Tisch, UBSKM und ergänzendem Hilfesystem auch im politischen Raum eine Stimme bekommen.

Die Arbeit geht weiter: Eine Betroffenen-Vertretung muss gebildet werden, denn Missbrauchsopfer sind eine riesige, und noch immer stigmatisierte gesellschaftliche Gruppe. Die gesellschaftliche Aufarbeitung hat noch nicht explizit und konkret stattgefunden. Es gibt keine Stelle, an die Betroffene Rechenschaft fordern können. Dazu ist eine unabhängige Kommission für die Aufarbeitung notwendig. Eine Strafrechtsreform steht an.

Dafür braucht es die Unterstützung der Politik, die in den vergangenen Jahren vor allem von der Institution UBSKM kam. Diese wollen wir erhalten, Mitsprache-Recht und Präsenz von Betroffenen in der Politik gestärkt sehen.

Das politische Betroffenen-Netzwerk ist ein bisher noch informeller Zusammenschluss von von Erfahrungs-Experten, der sich in der Zusammenarbeit mit dem UBSKM zusammen gefunden hat. Es handelt sich zum einen um Beiräte des ergänzenden Hilfesystems, teilweise um in Initiativen und Vereinen Engagierte, teils um - familiär, institutionell oder anderweitig - Einzelbetroffene.

*Ansprechpartnerin für weitere Informationen und Kontakte:
Astrid Mayer, Tel.: 01577 198 3227, [Mail: a.mayer@con-texte.de](mailto:a.mayer@con-texte.de)*

* <http://www.aerzteblatt.de/archiv/87643/Misshandlungen-in-Kindheit-und-Jugend-Ergebnisse-einer->